

### INHALT

- |   |   |
|---|---|
| 6. Aufnahme von Darlehen und Kassenstärkern - Bestimmungen in der Tiroler Gemeindeordnung | 10. Empfehlungen für die Aufbewahrung von Unterlagen der Gemeinden in Tirol |
| 7. Novelle zum Landes-Polizeigesetz   | 11. Abgabenertragsanteile der Gemeinden Februar 2020                        |
| 8. Aspekte zur diskriminierungsfreien Kinderbetreuung in den Gemeinden                    | 12. Abgabenertragsanteile der Gemeinden Jänner bis Februar 2020             |
| 9. Informationen zur Schulwegsicherheit   | <i>Verbraucherpreisindex für Dezember 2019 (vorläufiges Ergebnis)</i>       |

## 6.

### Aufnahme von Darlehen und Kassenstärkern - Bestimmungen in der Tiroler Gemeindeordnung

Mit der Novelle LGBL. Nr. 82/2019 wurde die Tiroler Gemeindeordnung 2001 an die mit 1. Jänner 2020 in Kraft getretenen haushaltsrechtlichen Bestimmungen der VRV 2015 angepasst.

In diesem Zusammenhang wurden auch die Regelungen über die Aufnahme von **Darlehen und Kassenstärkern** (§ 84 TGO) geändert.

§ 84 TGO lautet wie folgt:

*(1) Die Gemeinde darf Darlehen nur für Investitionen in Sachanlagen und Beteiligungen nach Anlage 1c der Voranschlags- und Rechnungsabschlussverordnung 2015, für einmalige Instandhaltungsmaßnahmen und für die Umschuldung bestehender Darlehen aufnehmen, wenn und insoweit die hierfür erforderliche Mittelaufbringung nicht aus anderen Mitteln gedeckt werden kann und die Verzinsung und Tilgung des Darlehens die Erfüllung der gesetzlichen und privatrechtlichen*

*Verpflichtungen der Gemeinde nicht beeinträchtigen.*

*(2) Werden Darlehen aufgenommen, die mit dem Gesamtbetrag auf einmal zur Rückzahlung fällig werden, so sind die hierfür erforderlichen Mittel laufend in der Höhe der fiktiven jährlichen Annuität in einer Zahlungsmittelreserve für endfällige Darlehen anzulegen.*

*(3) Die Gemeinde kann, soweit Auszahlungen des Haushaltes nicht rechtzeitig geleistet werden können, Kassenstärker aufnehmen. Kassenstärker sind Instrumente der kurzfristigen Liquiditätsvorsorge, wie Kontokorrentkredite oder Barvorlagen, um jederzeit die Erfüllung fälliger Verpflichtungen der Gebietskörperschaft gewährleisten zu können.*

*Kassenstärker sind nach Möglichkeit innerhalb eines Jahres zurückzuzahlen; dem Gemeinderat ist über ihre Ausschöpfung laufend zu berichten. Kassenstärker*

*dürfen in Summe den Gesamtbetrag eines Zehntels der im Rechnungsabschluss des zweitvorangegangenen Jahres ausgewiesenen Erträge nach Abschnitt 92 der Anlage 2 zur Voranschlags- und Rechnungsabschlussverordnung 2015 nicht übersteigen. Eine Überschreitung dieser Betragsgrenze ist nur in begründeten Ausnahmefällen zulässig.*

Zu unterscheiden ist somit bei Fremdfinanzierungen zwischen Darlehen und Kassenstärkern:

**Darlehen** dienen zur Finanzierung von Investitionen in Sachanlagen und Beteiligungen nach der Anlage 1c der VRV 2015, für einmalige Instandhaltungsmaßnahmen und für die Umschuldung bestehender Darlehen. Unter der Finanzierung von Investitionen ist zB. die Errichtung eines Gebäudes bzw. der Erwerb eines Grundstücks zu verstehen, unter der Finanzierung einmaliger Instandhaltungsmaßnahmen fällt zB. ein Fenstertausch im Gemeindeamt. Die Umschuldung eines bestehenden Darlehens ist zB. bei einer Umschuldung durch das Wechseln eines Bankinstituts gegeben. Aus dieser Einschränkung auf die genannten Zwecke der Darlehensaufnahme ergibt sich, dass Darlehen zur Finanzierung des laufenden Haushalts nicht aufgenommen werden dürfen.

Bei der Aufnahme eines Darlehens sind die Bestimmungen des Nachweises der Vorhaben gem. § 82 TGO zu beachten, dh. die Aufnahme eines Darlehens ist im Vorhabensnachweis auszuweisen, aus dem die zweckentsprechende Verwendung der Fremdmittel hervorgeht.

In diesem Zusammenhang wird darauf hingewiesen, dass Vor- bzw. Zwischenfinanzierungen von Vorhaben gem. § 82 TGO (zB. Vorfinanzierung von Bedarfszuweisungen) über ein Vor- bzw. Zwischenfinanzierungsdarlehen ausfinanziert werden sollten und nicht über eine Girokontoüberziehung.

Für aktive Finanzinstrumente/langfristiges Finanzvermögen ist eine Darlehensaufnahme schon aufgrund des Gesetzes über die risikoaverse Finanzgebarung LGBL. Nr. 173/2013, nicht zulässig, da dort der Grundsatz verankert ist, dass zum Zwecke der Veranlagung die Aufnahme von Darlehen nicht zulässig ist.

**Kassenstärker** dienen dazu, Liquiditätsengpässe, die sich aus der operativen Tätigkeit der Gemeinde ergeben, auszugleichen - beispielsweise in Form eines Überziehungsrahmens beim Girokonto der Gemeinde.

Für Kassenstärker ist eine Obergrenze dahingehend festgelegt, dass sie in Summe den Gesamtbetrag eines Zehntels der im Rechnungsabschluss des zweitvorangegangenen Jahres dargestellten Erträge nach Abschnitt 92 der Anlage 2 (Ansatzverzeichnis) zur VRV 2015 nicht übersteigen dürfen (für die Finanzjahre 2020 bzw. 2021 gelten als Bezugsgröße die Einnahmen).

Durch das Abstellen auf die Werte des zweitvorangegangenen Jahres steht bereits zu Beginn des Finanzjahres die Grenze fest, bis zu der maximal Kassenstärker aufgenommen werden dürfen. Eine Überschreitung der für Kassenstärker vorgesehenen Obergrenze ist nur in begründeten Ausnahmefällen zum kurzfristigen Ausgleich von Liquiditätsengpässen zulässig.

Betragen beispielsweise die Einnahmen der Gemeinde nach Abschnitt 92 der Anlage 2 zur VRV 2015 im Haushaltsjahr 2018 EUR 2.000.000,00, dann ist die Obergrenze für einen Überziehungsrahmen bei den Girokonten der Gemeinde im Finanzjahr 2020 mit EUR 200.000,00 begrenzt.

Kassenstärker dienen der kurzfristigen Liquiditätsvorsorge und sind nach Möglichkeit innerhalb eines Jahres zurückzuzahlen.

Eine Genehmigung eines Überziehungsrahmens für mehrere Jahre bzw. ein Überziehungsrahmen, der die errechnete Wertgrenze übersteigt, ist daher aufgrund der Bestimmungen der Tiroler Gemeindeordnung grundsätzlich nicht vorgesehen.

Bei Gemeindeverbänden beträgt die Wertgrenze für die Aufnahme von Kassenstärkern ein Zehntel der gesamten Erträge (Einnahmen) des Rechnungsabschlusses des Gemeindeverbandes des zweitvorangegangenen Jahres.

Sowohl Darlehen als auch Kassenstärker bedürfen einer aufsichtsbehördlichen Genehmigung nach § 123 Abs. 1 lit. a TGO.

Die Beschlüsse des Gemeinderates sowie die Kundmachungen über die Aufnahme von Darlehen oder Kassenstärkern müssen folgende Mindestinhalte aufweisen:

- Höhe des Darlehens bzw. Kassenstärkers
- Laufzeit der Finanzierung
- Konditionen der Finanzierung (Verzinsung)
- Name des Bankinstitutes
- Verwendungszweck

Für die aufsichtsbehördliche Genehmigung sind folgende Unterlagen elektronisch zu übermitteln:

- Niederschrift des Gemeinderats- / Verbandsversammlungsbeschlusses - Auszug aus dem

Sitzungsprotokoll

- Ordnungsgemäße Kundmachung des Gemeinderats-/Verbandsversammlungsbeschlusses
- Dokumentation Finanzgeschäfte (verpflichtend für Gemeinden ab 2.000 Einwohner und GV)
- Gesamtkosten- und Finanzierungsplan des Vorhabens
- Darlehensvertrag / Kontokorrentkreditvertrag

Es wird darauf hingewiesen, dass Darlehensverträge bzw. Kontokorrentkreditverträge nicht in Papierform bzw. durch postalischen Versand zu übermitteln sind.

Sämtliche Unterlagen in diesem Zusammenhang sind elektronisch bei der zuständigen Behörde einzubringen.

## 7.

### Novelle zum Landes-Polizeigesetz

Mit Gesetz vom 21. November 2019, LGBl. Nr. 5/2020, kundgemacht am 27. Jänner 2020, wurde das Landes-Polizeigesetz in wesentlichen Punkten novelliert. Mit Ausnahme der Verpflichtung, wonach Hundehalter, die erstmals einen Hund anmelden, den Nachweis einer theoretischen Ausbildung (Sachkundenachweis) vorlegen müssen, sind die neuen Bestimmungen mit 28. Jänner 2020 in Kraft getreten.

Die wesentlichen Punkte der Novelle betreffen Bestimmungen über die Hundehaltung, im Einzelnen sind dies:

- Hunde sind an öffentlichen Orten innerhalb geschlossener Ortschaften, ausgenommen in durch Verordnung der Gemeinde ausgewiesenen Hundefreilaufzonen, **an der Leine oder mit Maulkorb** zu führen (§ 6a Abs. 2, erster Satz LPG).
- Hunde sind an öffentlichen Orten, an denen sich üblicherweise größere Menschenansammlungen bilden, jedenfalls in öffentlichen Verkehrsmitteln, Kinderbetreuungs- und Schuleinrichtungen, Spielanlagen und Einkaufszentren, **an der Leine und mit Maulkorb** zu führen (§ 6a Abs. 2, zweiter Satz LPG).
- Die Behörde (der Bürgermeister) kann dem Halter weitere Maßnahmen, wie insbesondere die Absolvierung

von Hundeschulungen oder die Durchführung einer tierärztlichen Untersuchung des Hundes, vorschreiben (§ 6a Abs. 3, letzter Satz LPG).

- Der Halter, der erstmals einen Hund anmeldet, hat den Nachweis einer theoretischen Ausbildung (Sachkundenachweis) vorzulegen. Die Landesregierung hat durch Verordnung nähere Bestimmungen über den Sachkundenachweis zu erlassen, wobei die Ausbildungsberechtigung, die Ausbildungsinhalte und die Dauer der Ausbildung festzulegen sind (§ 6a Abs. 9 LPG). **Diese Bestimmung tritt erst mit 01. April 2020 in Kraft.**
- Der Leinen- oder Maulkorbzwang gilt nicht für Rettungs-, Therapie-, Assistenz- und Diensthunde während ihrer bestimmungsgemäßen Verwendung (Ausbildung und Einsatz) sowie für Jagdhunde, wenn sie zu Jagdzwecken in einem Jagdgebiet eingesetzt werden (§ 6a Abs. 2b LPG).
- Auf der Grundlage der angepassten Bestimmung des § 6a Abs. 2a LPG kann die Gemeinde (wie bisher) durch Verordnung bestimmen, dass in bestimmten Gebieten oder auf bestimmten öffentlichen Verkehrsflächen **außerhalb geschlossener Ortschaften** Hunde an der Leine zu führen und/oder mit einem Maulkorb zu versehen sind.

Mit den nunmehr in Kraft getretenen Bestimmungen sollen Gefährdungen oder Belästigungen durch freilaufende Hunde vermindert und gleichzeitig das Sicherheitsgefühl der Menschen erhöht werden.

Der Begriff der geschlossenen Ortschaft wird aus dem Tiroler Naturschutzgesetz 2005 bzw. der Tiroler Bauordnung 2018 entnommen und wird dort wie folgt definiert: „*Geschlossene Ortschaft ist ein Gebiet, das mit mindestens fünf Wohn- oder Betriebsgebäuden zusammenhängend bebaut ist, wobei der Zusammenhang bei einem Abstand von höchstens 50 Metern zwischen zwei Gebäuden noch nicht als unterbrochen gilt.*“ Damit wird im Wesentlichen das besiedelte Gemeindegebiet umfasst. Die Gemeinde kann jedoch auch innerhalb geschlossener Ortschaften durch Verordnung Hundefreilaufzonen ausweisen.

Die Bestimmungen des § 6a Abs. 2 LPG gelten kraft Gesetzes landesweit. Darüber hinaus kann, wie bereits ausgeführt, die Gemeinde durch Verordnung weitere Gebiete außerhalb geschlossener Ortschaften festlegen, in denen ein Leinen- und/oder Maulkorbzwang gelten soll. Viele Gemeinden haben in der Vergangenheit Verordnungen erlassen, die innerhalb geschlossener Ortschaften einen Leinen- oder Maulkorbzwang vorsehen. Soweit diese Verordnungen der nunmehr gesetzlichen Regelung des § 6a Abs. 2 LPG widersprechen, sind diese Verordnungen aufzuheben oder allenfalls abzuändern. Wenn beispielsweise die Verordnung einen Leinenzwang im Ortsgebiet vorsieht, würde diese der nunmehrigen Regelung, wonach der Hundehalter zwischen Leinen- oder Maulkorbzwang wählen kann, widersprechen und wäre daher gesetzwidrig.

**Es wird daher dringend empfohlen, die auf der Grundlage des bisher in Geltung stehenden § 6a Abs. 2 LPG erlassenen Verordnungen dahingehend zu prüfen und gegebenenfalls entsprechend Maßnahmen (Aufhebung oder Abänderung der Verordnung) zu beschließen.**

Die Abteilung Gemeinden kann diesbezüglich gerne unterstützend kontaktiert werden. In diesem Zusammenhang werden auch entsprechende Muster-Verordnungen im Portal Tirol zur Verfügung gestellt werden.

Nach der bisher in Geltung stehende Bestimmung des § 6a Abs. 3 LPG konnte die Behörde den Halter eines als auffällig beurteilten Hundes mit Bescheid (nur) verpflichten, den Hund an der Leine und/oder mit Maulkorb zu führen. Nunmehr kann die Behörde dem Halter weitere Maßnahmen vorschreiben; beispielsweise nennt der Gesetzgeber Hundeschulungen oder tierärztliche Untersuchungen, diese mit dem Hintergrund, dass viele, insbesondere ältere, Hunde Schmerzen haben und aus diesem Grund aggressiv sind.

Mit der neuen Bestimmung des § 6a Abs. 2b LPG werden bestimmte Hunde während ihrer bestimmungsgemäßen Verwendung vom Leinen- und/oder Maulkorbzwang ausgenommen, was einer bereits in der Vergangenheit mehrfach eingebrachten Forderung im Zusammenhang mit der Verwendung von Rettungs- und Diensthunden entspricht.

Wie bereits ausgeführt treten die Bestimmungen über den Sachkundenachweis (§ 6a Abs. 9 LPG) erst mit 01. April 2020 in Kraft. Derzeit ist der entsprechende Verordnungsentwurf in der Begutachtungsphase. Nach dem in Kraft treten der Verordnung (voraussichtlich anfangs März 2020) werden dazu im Merkblatt/Ausgabe März 2020 gesonderte Ausführungen folgen.

Die weiteren Bestimmungen des Gesetzes vom 21. November 2019 waren zur Anpassung an die neue Rechtslage, insbesondere hinsichtlich der Strafbestimmungen, notwendig.

Mit der Novellierung des § 19a LPG wurde die höchstgerichtliche Rechtsprechung, wonach über die Schließung eines Bordells ohne vorausgegangenes Verfahren binnen vier Wochen ein schriftlicher Bescheid zu erlassen ist, umgesetzt.

## 8.

### Aspekte zur diskriminierungsfreien Kinderbetreuung in den Gemeinden

Die Gemeinden leisten einen großen Beitrag in den Bereichen Infrastruktur, Fürsorge, Daseinsvorsorge uvm.

Die mannigfaltigen Aufgaben, die Gemeinden tragen sowie die Regelungsdichte erschwert es oft, den Überblick zu wahren. In der Beratungspraxis der Servicestelle für Gleichbehandlung und Antidiskriminierung zeigen sich immer wieder Fälle mit Fragen zur Zulässigkeit von Auswahlkriterien in der Kinderbetreuung. Die nachstehende Information soll einen rechtlichen Überblick bieten.

§ 3 Abs. 2 lit e und f Tiroler Antidiskriminierungsgesetz sieht vor, dass öffentliche Stellen bei der Besorgung von Aufgaben und Tätigkeiten jede Diskriminierung von Personen aufgrund ihres Geschlechts (...) verboten ist. Insbesondere beziehen sich § 3 Abs. 2 lit e und f dabei auf den Zugang zu selbständiger Erwerbstätigkeit sowie den Zugang zu allen Formen und allen Ebenen der Berufsberatung, Berufsausbildung, der beruflichen Weiterbildung und der Umschulung einschließlich der praktischen Berufserfahrung.

Das Tiroler Kinderbildungs- und Kinderbetreuungsgesetz führt als Ziel unter anderem auch die Verbesserung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie und die Förderung der Beteiligung der Frauen am Erwerbsleben an (§ 3 Abs. 1 lit e Tiroler Kinderbildungs- und Kinderbetreuungsgesetz).

In der Bestimmung des § 22 Abs. 4 Tiroler Kinderbildungs- und Kinderbetreuungsgesetzes sind Richtlinien zur Vergabe von Betreuungsplätzen vorgesehen. Unter anderem ist dabei die Berufstätigkeit beider Elternteile angeführt. Des Weiteren aber auch damit in Zusammenhang stehende Merkmale, die zu berücksichtigen sind, wie etwa Arbeitssuche, Ausbildung (darunter auch Fort- und Weiterbildungen, die den Eintritt ins Erwerbsleben fördern oder die Chancen auf einen Arbeitsplatz erhöhen). Darüber kann natürlich ein Nachweis verlangt werden, da diese Tatsachen die Grundlage für die Beurteilung der Platzvergabe nach dem Tiroler Kinderbildungs- und Kinderbetreuungsgesetz darstellen (§ 22 Abs. 4 Tiroler Kinderbildungs- und Kinderbetreuungsgesetz).

Eine darüber hinausgehende Einforderung von Nachweisen

über spezielle oder einzelne Tage sowie Stunden (z.B. durch die Einforderung genauer Dienstpläne) ist überschießend und weist keine rechtliche Grundlage auf. Der Bedarf ist von den Eltern anzugeben und danach auf Basis des § 22 Abs. 4 Tiroler Kinderbildungs- und Kinderbetreuungsgesetzes von der zuständigen Stelle zu reihen.

In den Anmelde- und Informationsblättern der Gemeinden für die Kinderbetreuung wäre daher zu beachten, dass die gesetzliche Aufzählung für die Platzvergabe Berücksichtigung findet.

Um die unterschiedliche Behandlung bzw. Ungleichbehandlung eines Sachverhaltes zu vermeiden, wäre von beiden Elternteilen ein Nachweis zu fordern. Empfehlenswert wäre, dass generell die Bezeichnung „Eltern“ anstelle von „Mutter“ gewählt wird. Rechtlich haben Väter wie Mütter dieselbe Verantwortung und Entscheidungsbefugnis hinsichtlich der gemeinsamen Kinder. Eine Formulierung zum Nachweis z.B. einer Berufstätigkeit, die nur Mütter in die Pflicht nimmt, Väter jedoch nicht, führt im Endeffekt zu folgendem Ergebnis: Familien in denen die Mutter berufstätig ist, der Vater jedoch nicht, würden einen Krippenplatz erhalten - während demgegenüber Familien in denen der Vater berufstätig ist, aber nicht die Mutter, keinen erhalten würden. Dies würde zu einer unmittelbaren Diskriminierung aufgrund des Geschlechts führen.

Abschließend ist noch darauf hinzuweisen, dass ein schneller und erfolgreicher Einstieg ins Berufsleben nach familiärer Auszeit auch aus finanziellen Aspekten auf lange Sicht eine Entlastung für die Gemeinden darstellt, die damit auch einen wesentlichen Beitrag zur sozialen Sicherheit leisten.

Für weitere Fragen stehen die Servicestelle für Gleichbehandlung und Antidiskriminierung sowie die Abteilung Gesellschaft und Arbeit, Elementarbildung, gerne zur Verfügung.

[https://www.tirol.gv.at/gesellschaft-](https://www.tirol.gv.at/gesellschaft-soziales/gleichbehandlung-antidiskriminierung/)

[soziales/gleichbehandlung-antidiskriminierung/](https://www.tirol.gv.at/gesellschaft-soziales/gleichbehandlung-antidiskriminierung/)

<https://www.tirol.gv.at/bildung/elementarbildung/>

*Mag.a Isolde Kafka*

*Leiterin Servicestelle*

*Gleichbehandlung und Antidiskriminierung*

## 9.

### Informationen zur Schulwegsicherheit

Die Verkehrssicherheitsarbeit hat im Land Tirol seit vielen Jahren einen hohen Stellenwert. Dabei wird den Präventivmaßnahmen zur Verbesserung der Schulwegsicherheit und den Verkehrssicherheitsprojekten für Kinder und Jugendliche besondere Bedeutung zugemessen.

Im Folgenden werden daher den Gemeinden Möglichkeiten und Initiativen vorgestellt, um den Schulweg für die Kinder und die Begleitpersonen sicherer zu machen.

#### **Die Schulstraße:**

Eingangs wird festgehalten, dass die Straßenverkehrsordnung den Begriff der „Schulstraße“ nicht kennt. Das Wort „Schulstraße“ wird in den straßenpolizeilichen Vorschriften nicht legal definiert. Es gibt dafür auch kein eigenes Verkehrszeichen. Im Ergebnis handelt es sich somit bei einer „Schulstraße“ um ein temporäres Fahrverbot für alle Kraftfahrzeuge gemäß § 52 Z. 6c StVO 1960., welches zur Gewährleistung der Sicherheit des Fußgängerverkehrs im Nahbereich der Schulen kundgemacht wird. Eine weitere Möglichkeit ist, den betroffenen Straßenzug durch die Aufstellung eines Scherengitters faktisch für den Fahrzeugverkehr zu sperren. Dies wurde im Rahmen eines Pilotversuches in Wien und Salzburg praktiziert.

Eine Anfrage bei allen 279 Tiroler Gemeinden hat ergeben, dass nur in relativ wenigen Fällen solche „Schulstraßen“ eingerichtet worden sind. Die dürfte einerseits auf den mangelnden Bekanntheitsgrad dieser Möglichkeit zurückzuführen sein, andererseits aber auch auf verschiedenen Nachteile, die mit einer solchen Einrichtung verbunden sind. So gab es beispielsweise in Innsbruck zahlreiche Beschwerden, weil vorhandene Stellplätze im Nahbereich der Schule zeitweise nicht mehr angefahren werden konnten.

Die Abteilung Verkehrsrecht des Landes Tirol steht für weitere Informationen zur Einrichtung von Schulstraßen zur Verfügung und wird interessierte Gemeinden im Bedarfsfall bei der Umsetzung gerne unterstützen.

#### **Mit dem Pedibus sicher zur Schule:**

Zahlreiche Schulen melden sich jedes Jahr für den Pedibus, den „Schulbus auf Füßen“ an. Anlass für die Initiative des Landes ist der steigende Hol- und Bringverkehr zu den Schulen. Mit Pedibus soll die Verkehrssicherheit und die Freude der Kinder am Schulweg zu Fuß erhöht und der steigende Schulwegverkehr eingedämmt werden.

Ein Pedibus ist eine Gruppe von Kindern, die auf einer bestimmten Wegstrecke von einer Aufsichtsperson begleitet gemeinsam zu Fuß zur Schule geht. Die Vorteile von Pedibus liegen auf der Hand: Die Kinder lernen, sich bei Gefahrenstellen richtig zu verhalten und werden selbstständiger. Außerdem fördert Pedibus die frühmorgendliche Bewegung in frischer Luft und damit die Gesundheit und Konzentrationsfähigkeit. Nicht zuletzt haben die Kinder auch viel Spaß dabei.

#### **Gezielte Unterweisungen der Eltern:**

Eines der größten Probleme im Bereich von Schulen sind die sog. Elterntaxis. Diese sorgen vor vielen Schulen für ein gefährliches Verkehrschaos. Eltern tun ihren Kindern, die nur als Pkw-Passagiere am Straßenverkehr teilnehmen, nichts Gutes. Sie lernen nicht, selbst mit Situationen im Straßenverkehr umzugehen. Außerdem wird das Verkehrsaufkommen im Umfeld der Schule durch Elternfahrzeuge unnötig erhöht, was wiederum andere Kinder gefährdet. Um diese Problematik den Eltern näher zu bringen, könnten Informationsveranstaltungen in den Gemeinden durchgeführt werden, wobei auch zusätzliche wichtige Themen, wie „Sicherheit durch helle und reflektierende Kleidung“ oder ein Schulwegtraining angesprochen werden sollten.

#### **Die verkehrssichere Gemeinde:**

Es handelt sich dabei um eine Initiative, die die Allgemeine Unfallversicherungsanstalt in Zusammenarbeit mit dem Kuratorium für Verkehrssicherheit durchführt. Zur Verminderung des Unfallrisikos werden **Verkehrssicherheits-Überprüfungen** in Gemeinden angeboten.

Im Rahmen einer Begehung vor Ort werden mögliche Gefahrenstellen ermittelt und es gibt Empfehlungen zur

Entschärfung neuralgischer Stellen. Unter die Lupe genommen werden unter anderem Querungsstellen für Fußgänger, für den Radverkehr aber auch die sichere Anlage von Haltestellen.

Dabei wird ein besonderes Augenmerk auf die Verkehrssicherheit im Schul- und Kindergartenumfeld gelegt. Es werden hierfür auch spezielle Schulwegpläne erstellt, um den Kindern den sichersten Schulweg anzubieten.

#### **Einsatz von Schülerlotsen/Schulwegpolizei:**

Im Rahmen dieses Projektes erhalten die Polizisten bei der Sicherung des Schulweges wertvolle Unterstützung durch Schülerlotsen (Schüler) und ehrenamtliche Schulwegpolizisten (Erwachsene). Nach einer entsprechenden Einschulung und Unterweisung werden diese Personen in erster Linie auf den Verkehrswegen zu oder von den Volksschulen/Kindergärten oder bei Schulveranstaltungen eingesetzt. Für die Kinder wird dadurch die Bewältigung des Schulweges erleichtert. Zudem werden diese zu einem verkehrsgerechten Verhalten erzogen.

Die Ausrüstung für dieser Schülerlotsen und Schulweg-

polizisten mit Warnwesten, Schildkappen und beleuchteten Anhaltstäben wird vom Land Tirol finanziert.

#### **Daraus ist folgendes Resümee zu ziehen:**

Grundsätzlich sind „Schulstraßen“ ein taugliches Mittel um die Verkehrssicherheit im nahen Umfeld der Schule erheblich zu erhöhen. Für einen Erfolg, aber auch für die Akzeptanz der Verkehrsteilnehmer, sollen jedoch sämtliche Voraussetzungen vorliegen, um dieses Projekt nicht wegen Anrainerprotesten scheitern zu lassen.

Es gibt aber auch andere Möglichkeiten die Anzahl der Elterntaxis zu minimieren und dadurch den Schulweg für die Kinder sicherer zu machen. Mit den genannten Optionen kommen die Kinder nicht nur sicher zur Schule und von der Schule nach Hause, sie knüpfen Kontakte zu anderen Kindern, sind wacher und ausgeglichener, bleiben gesund und lernen auch selbständig zu sein. Genauso trägt die Vorbildwirkung durch die Eltern zu einem richtigen Verhalten im Straßenverkehr bei.

*Ing. Gottfried Reremoser*

*Abt. Verkehrs- und Seilbahnrecht*

## 10.

### **Empfehlungen für die Aufbewahrung von Unterlagen der Gemeinden in Tirol**

#### **Brauchen wir das überhaupt? - Vom Aufheben und Wegwerfen im Archiv**

Die Tiroler Gemeinden sind nach dem Tiroler Archivgesetz (TAG) zur Führung eines Gemeindearchivs verpflichtet. Von zentraler Bedeutung ist dabei die Überlegung, welche Akten überhaupt in ein Archiv gehören. Angesichts der begrenzt verfügbaren räumlichen Kapazitäten stößt man bei der Aufbewahrung von sämtlichen Unterlagen der Gemeindeverwaltung schnell an die Grenzen. Die Frage „Brauchen wir das überhaupt?“ ist also mehr als berechtigt.

Um die Gemeinden bei dieser Arbeit zu unterstützen, hat das Tiroler Landesarchiv in enger Kooperation mit dem Tiroler Bildungsforum eine Empfehlung für die Aufbewahrung von archivwürdigen Unterlagen der Gemeinden im Bundesland Tirol erarbeitet. Darin finden sich Vorschläge, welche Materien nach Einheitsaktenplan

auf Dauer aufbewahrt werden sollten und damit auch welche Akten nach Ablauf der gesetzlichen Aufbewahrungsfristen entsorgt werden können.

[https://www.tirol.gv.at/fileadmin/themen/kunst-kultur/landesarchiv/downloads/Empfehlungen\\_fuer\\_die\\_Aufbewahrung\\_von\\_Unterlagen\\_der\\_Gemeinden.pdf](https://www.tirol.gv.at/fileadmin/themen/kunst-kultur/landesarchiv/downloads/Empfehlungen_fuer_die_Aufbewahrung_von_Unterlagen_der_Gemeinden.pdf)

Ergänzend bietet das Tiroler Landesarchiv seit 2018 einen Ausbildungskurs für die Gemeindearchive in Tirol an, der die Bediensteten in den Kommunen in die wichtigsten Aufgabenbereiche der Archivarbeit einführen soll und steht den Gemeinden auch darüber hinaus jederzeit beratend zur Seite.

<https://www.tirol.gv.at/kunst-kultur/landesarchiv/gemeindearchive/>

*Mag.a Nadja Krajicek, BA MA  
Abteilung Tiroler Landesarchiv*

# 11.

## Abgabenertragsanteile der Gemeinden Februar 2020

Ertragsanteile an	2019	2020	Veränderung	
			in Euro	in %
<b>Einkommen- und Vermögensteuern</b>				
Veranlagter Einkommensteuer	1.558.349	2.402.988	844.639	54,20
Lohnsteuer	28.235.569	29.448.681	1.213.112	4,30
Kapitalertragsteuer	2.858.171	2.958.457	100.286	3,51
Kapitalertragsteuer auf sonstige Erträge	636.249	450.156	-186.093	-29,25
Körperschaftsteuer	435.683	1.454.596	1.018.913	233,87
Abgeltungssteuern Schweiz	-16	0	16	100,00
Abgeltungssteuern Liechtenstein	0	0	0	0,00
Erbschafts- und Schenkungssteuer	200	319	119	59,33
Stiftungseingangssteuer	11.961	10.167	-1.794	-15,00
Bodenwertabgabe	7.752	7.423	-329	-4,25
Stabilitätsabgabe	37.694	8.152	-29.542	-78,37
<b>Summe Einkommen- und Vermögensteuern</b>	<b>33.781.612</b>	<b>36.740.939</b>	<b>2.959.326</b>	<b>8,76</b>
<b>Sonstige Steuern</b>				
Umsatzsteuer	22.876.702	24.027.006	1.150.304	5,03
Tabaksteuer	1.513.329	1.398.371	-114.958	-7,60
Biersteuer	128.008	65.909	-62.099	-48,51
Mineralölsteuer	3.835.692	3.374.114	-461.578	-12,03
Alkoholsteuer	149.425	144.094	-5.331	-3,57
Schaumweinsteuer	17.397	18.112	715	4,11
Kapitalverkehrssteuern	341	1.667	1.326	389,13
Werbeabgabe	120.662	118.306	-2.355	-1,95
Energieabgabe	930.497	855.881	-74.616	-8,02
Normverbrauchsabgabe	365.674	437.282	71.608	19,58
Flugabgabe	62.476	60.227	-2.249	-3,60
Grunderwerbsteuer	10.955.268	11.979.963	1.024.695	9,35
Versicherungssteuer	1.756.227	1.795.613	39.386	2,24
Motorbezogene Versicherungssteuer	1.919.068	1.889.766	-29.302	-1,53
KFZ-Steuer	10.650	11.871	1.221	11,46
Konzessionsabgabe	373.715	270.138	-103.577	-27,72
<b>Summe sonstige Steuern</b>	<b>45.015.130</b>	<b>46.448.320</b>	<b>1.433.190</b>	<b>3,18</b>
Kunstförderungsbeitrag	0	0	0	0,00
<b>Gesamtsumme</b>	<b>78.796.742</b>	<b>83.189.259</b>	<b>4.392.516</b>	<b>5,57</b>

## 12.

## Abgabenertragsanteile der Gemeinden Jänner bis Februar 2020

Ertragsanteile an	2019	2020	Veränderung	
			in Euro	in %
<b>Einkommen- und Vermögensteuern</b>				
Veranlagter Einkommensteuer	13.945.219	16.920.119	2.974.900	21,33
Lohnsteuer	53.705.320	54.840.339	1.135.019	2,11
Kapitalertragsteuer	3.985.340	3.948.003	-37.337	-0,94
Kapitalertragsteuer auf sonstige Erträge	1.272.498	900.312	-372.186	-29,25
Körperschaftsteuer	22.278.195	23.557.309	1.279.115	5,74
Abgeltungssteuern Schweiz	-16	0	16	100,00
Abgeltungssteuern Liechtenstein	0	0	0	0,00
Erbschafts- und Schenkungssteuer	5.367	479	-4.888	-91,07
Stiftungseingangssteuer	29.491	11.855	-17.636	-59,80
Bodenwertabgabe	185.501	144.113	-41.388	-22,31
Stabilitätsabgabe	119.838	130.679	10.841	9,05
<b>Summe Einkommen- und Vermögensteuern</b>	<b>95.526.753</b>	<b>100.453.209</b>	<b>4.926.456</b>	<b>5,16</b>
<b>Sonstige Steuern</b>				
Umsatzsteuer	42.451.598	45.883.199	3.431.601	8,08
Tabaksteuer	3.239.857	3.120.220	-119.636	-3,69
Biersteuer	362.753	226.845	-135.908	-37,47
Mineralölsteuer	8.083.361	7.584.999	-498.361	-6,17
Alkoholsteuer	283.355	263.688	-19.667	-6,94
Schaumweinsteuer	33.424	28.957	-4.466	-13,36
Kapitalverkehrssteuern	1.209	2.118	909	75,19
Werbeabgabe	229.114	219.402	-9.712	-4,24
Energieabgabe	2.252.210	1.684.831	-567.379	-25,19
Normverbrauchsabgabe	689.949	837.421	147.472	21,37
Flugabgabe	120.885	121.927	1.042	0,86
Grunderwerbsteuer	21.003.225	22.324.062	1.320.838	6,29
Versicherungssteuer	2.496.580	2.660.555	163.976	6,57
Motorbezogene Versicherungssteuer	3.838.135	3.779.532	-58.603	-1,53
KFZ-Steuer	132.230	134.794	2.564	1,94
Konzessionsabgabe	635.285	535.725	-99.560	-15,67
<b>Summe Sonstige Steuern</b>	<b>85.853.168</b>	<b>89.408.277</b>	<b>3.555.110</b>	<b>4,14</b>
Kunstförderungsbeitrag	0	0	0	0,00
<b>Gesamtsumme</b>	<b>181.379.920</b>	<b>189.861.486</b>	<b>8.481.566</b>	<b>4,68</b>

**VERBRAUCHERPREISINDEX  
FÜR DEZEMBER 2019**  
(vorläufiges Ergebnis)

	November 2019 (endgültig)	Dezember 2019 (vorläufig)
<b>Index der Verbraucherpreise 2015</b>		
Basis: Durchschnitt 2015 = 100	107,4	108,1
<b>Index der Verbraucherpreise 2010</b>		
Basis: Durchschnitt 2010 = 100	118,9	119,7
<b>Index der Verbraucherpreise 2005</b>		
Basis: Durchschnitt 2005 = 100	130,2	131,0
<b>Index der Verbraucherpreise 2000</b>		
Basis: Durchschnitt 2000 = 100	143,9	144,9
<b>Index der Verbraucherpreise 96</b>		
Basis: Durchschnitt 1996 = 100	151,4	152,4
<b>Index der Verbraucherpreise 86</b>		
Basis: Durchschnitt 1986 = 100	198,0	199,3
<b>Index der Verbraucherpreise 76</b>		
Basis: Durchschnitt 1976 = 100	307,8	309,8
<b>Index der Verbraucherpreise 66</b>		
Basis: Durchschnitt 1966 = 100	540,2	543,7
<b>Index der Verbraucherpreise I</b>		
Basis: Durchschnitt 1958 = 100	688,3	692,8
<b>Index der Verbraucherpreise II</b>		
Basis: Durchschnitt 1958 = 100	690,6	695,1

Der Index der Verbraucherpreise 2015 (Basis: Jahresdurchschnitt 2015 = 100) für den Kalendermonat Dezember 2019 beträgt 108,1 (vorläufige Zahl) und ist somit gegenüber dem Stand für den Vormonat November 2019 um 0,7 Punkte gestiegen (November 2019 gegenüber Oktober 2019 + 0,2 Punkte). Gegenüber Dezember 2018 ergibt sich eine Steigerung um 1,8 Punkte (+ 1,7 %), für November 2019/2018 um 1,2 Punkte (+ 1,1 %).

**MEDIENINHABER (VERLEGER):**

**Amt der Tiroler Landesregierung,  
Abteilung Gemeinden,**

6010 Innsbruck, Tel. 0512/508-2370  
www.tirol.gv.at/merkblatt-gemeinden

*Für den Inhalt verantwortlich:* Mag. Christine Salcher

*Offenlegung gemäß § 5 Mediengesetz:* Medieninhaber Land Tirol

*Erklärung über die grundlegende Richtung:* Information der Gemeinden

*Druck:* Eigendruck